

8. Gedenkstättenarbeit

Aufklärung über die NS-Zeit ist fundamentaler Teil der Arbeit der Landeszentrale (LpB). Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) entschied sich 1994 für ihre Betreuung durch die LpB. Siebzehn Einrichtungen haben sich damals zusammengeschlossen, heute sind es 56, dazu 29 Initiativen und 14 Museen. Sie zählen zusammen über 200.000 Besucher jährlich. Peter Steinbach (Historiker an der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin) bezeichnet diese Gedenkstättenlandschaft in ihrer thematischen Breite und bürgerschaftlichen Verfasstheit als singular in Deutschland, Aleida Assmann (Universität Konstanz) als „Demokratisierung der Erinnerung durch Ehrenamtlichkeit“.



„Gedenk- und Erinnerungsstätten sind Teil unserer politischen Kultur“

(Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg, September 2010, Seite 287)

Gedenkstätten sind Bürgerprojekte

Zwischen LAGG und LpB entwickelte sich eine „Zusammenarbeit im Gespräch“ (Partizipation durch Konsultation), bei der die Eigenständigkeit der Gedenkstätten beachtet wird. Das gewährleistet Vielfalt und lebendige Einrichtungen. LAGG und LpB gehen vom Begriff der „arbeitenden Gedenkstätte“ aus, d. h. von authentischen historischen Orten, die über wissenschaftliche Grundlagen, pädagogische Materialien und sachkundige Personen verfügen.

Die Gründung einer Gedenkstätte erfordert stets einen breiten Diskurs. Der braucht

Zeit, lässt sich kaum beschleunigen, schon gar nicht vermeiden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, dabei Beratung anzubieten. Hinzu kommt die finanzielle Förderung. Sie erfolgt als direkte wie auch indirekte Förderung durch übergreifende Maßnahmen. Ein paritätischer besetzter Bei-

rat verabschiedet den jährlichen Förderplan.

Ein langer Weg

Meilensteine auf dem Weg von den Anfängen bis zur Aufnahme der Gedenkstätten in die Bildungspläne 2004 waren:

- die Formulierung der Vaihinger Präambel der LAGG 1995 und deren Anerkennung durch die Landesregierung,
- die gemeinsame Außendarstellung mit dem Guide „Gedenkstätten in Baden-Württemberg“ (5. erweiterte Auflage 2012; bisherige Gesamtauflage 135.000 Exemplare)
- die Feier des Landtags am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus an Gedenkstätten,



Gedenkstätte Stuttgarter Nordbahnhof

- ab 1999 die Koordination mit den Ministerien,
- die Wahrnehmung der Deportationen vom 22. Oktober 1940 in Baden und 1. Dezember 1941 in Württemberg und Hohenzollern und
- der Europäische Tag der Jüdischen Kultur seit 2001.
- 2005 zog ein von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierter Gedenkstättenkongress eine ermutigende Zwischenbilanz.
- Das Konzept „Kultur 2020“ schließlich verortete die Gedenkstätten im Jahr 2010 in der Erinnerungskultur des Landes.

Gemeinsame europäische Erinnerung

Die Gemeinsamkeit des Erinnerns in Europa kann nicht darin bestehen, historische Verantwortlichkeiten zu verwischen. Übereinstimmung besteht in der Didaktik, sei es in der Holocaust-Exhibition in London mit der Frage nach der Bedeutung für „citizenship“ oder in Frankreich nach der „éducation civique“ heute.

Partner im Ausland sind:

- das Centre européen du résistant déporté (CERD) in Natzweiler-Struthof (eine Convention über die Zusammenarbeit von 2010 unterstreicht den besonderen Charakter dieser Partnerschaft),
- die Arbeitsgemeinschaft der badischen Städte zum Unterhalt und zur Pflege des Friedhofs in Gurs/Pyénées Atlantiques,
- das Maison d'Izieu – Mémorial des enfants juifs exterminés bei Lyon,
- B'nai Brith Alsace beim Europäischen Tag der Jüdischen Kultur sowie
- Yad Vashem und Shavei Zion in Israel.



Karte der Gedenkstätten in Baden-Württemberg

Akteure in der LpB

Am 1. April 1996 nahmen Konrad Pflug als Fachreferent und Renate Baur als Sachbearbeiterin die Arbeit auf. 2005 kam Irene Rüber auf der Sachbearbeitungsebene hinzu. Gemeinsam profilierten sie den Fachbereich Gedenkstättenarbeit der LpB als zentrale Informations- und Anlaufstelle in einem Netzwerk mit intensiven Kontakten. Seit 2011 liegt die Leitung bei Sibylle Thelen, Sachbearbeiterin ist Christina Schneider. Sie werden mit der LAGG das Generationenprojekt „Gedenkkultur“ in die allgemeine

Erinnerungskultur überführen müssen. Landtagspräsident Guido Wolf MdL betonte in diesem Sinne am 27. Januar 2012, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, dass die dunkle, schuldbeladene Vergangenheit nicht in Geschichtsbüchern verschwinden dürfe, sondern dreidimensional präsent bleiben müsse: „Dafür sorgen die Gedenkstätten“.